

Mazedonien hat demokratisch gewählt

REGIERUNGSKOALITION VON NIKOLA GRUEVSKI (VMRO-DMPNE) BESTÄTIGT

Bei den vorgezogenen Parlamentsneuwahlen in Mazedonien konnte sich das Koalitionsbündnis von Ministerpräsident Nikola Gruevski (VMRO-DPMNE-Innere Makedonische Revolutionäre Organisation-Demokratische Partei der nationalen Einheit Makedoniens) durchsetzen. Von den 123 zu vergebenden Parlamentssitzen erreichte das Bündnis „Für ein besseres Mazedonien“ unter der Führung der Partei VMRO-DPMNE bei einer Wahlbeteiligung von 63,35 % in ruhig und demokratisch verlaufenden Wahlen 56 Sitze. Die Koalition von Premier Gruevski kann trotz des Verlustes der absoluten Mehrheit die Regierungsarbeit fortsetzen.

Am 05. Juni 2011 waren die Mazedonier aufgefordert, bei vorzeitigen Neuwahlen eine Regierung und ein neues Parlament zu wählen. Bei diesen 7. Parlamentswahlen des Landes konnten 1.821.122 Mazedonier ihre Stimmen in 2.976 Wahllokalen abgeben. 1679 Kandidaten, die von 16 Parteien und zwei Koalitionen vorgeschlagen wurden, kämpften um die 123 Sitze im mazedonischen Parlament. Die Wahlen wurden von 493 ausländischen (u. a. von der OSZE) und 7.358 einheimischen Beobachtern begleitet. Neu in der Wahlpraxis war, dass zum ersten Mal im Ausland lebende Mazedonier wählen durften. Dabei war das Ausland in drei Wahlkreise aufgeteilt: Europa und Afrika, Nordamerika und Kanada sowie Australien und Asien. Alle drei zu vergebenden Parlamentssitze für die mazedonische Diaspora wurden von der VMRO-DMPNE gewonnen.

Die Neuwahlen waren notwendig geworden, weil die Opposition, die der Regierungspart

tei VMRO-DPMNE vorwarf, das Land diktatorisch zu regieren, aus dem Parlament ausgesogen war und sich für unter der Führung der Partei SDSM (Sozial-demokratischer Bund Mazedoniens) für einen totalen Boykott der Parlamentsarbeit des Landes entschieden hatte und Neuwahlen forderte.

Bei einer Wahlbeteiligung von 63,35% konnte die Parteienkoalition „Für ein besseres Mazedonien“ unter Leitung der Partei VMRO-DPMNE die Parlamentswahl für sich entscheiden. Nach bisherigen Mitteilungen der staatlichen Wahlkommission und der Nichtregierungsorganisation MOST verfügt das Bündnis über 56 Sitze (bisher 63) von 123 Sitzen. Die Sozialdemokraten, SDSM, kamen mit ihrer Koalition auf 42 Sitze, was einen beachtlichen Stimmenzuwachs gegenüber den letzten Wahlen darstellt. Die albanische Partei DUI, bisheriger Partner von Premier Nikola Gruevski in seiner Regierungskoalition kam auf 15 Sitze, die DPA auf 8 und die neue Albaner-Partei NDP von Ruti Osman auf 2 Sitze. Mazedonien ist neben den schon erwähnten drei Auslandswahlbezirken in sechs Wahlkreise aufgeteilt, in denen die Regierungspartei VMRO-DPMNE fast überall (Ausnahme Wahlkreis Nr.6 mit mehrheitlich albanischer Bevölkerung) die meisten Mandate erringen konnte. Damit verfügt das bisherige Regierungsbündnis von Nikola Gruevski zwar über keine Zweidrittelmehrheit, kann aber mit der Mehrheit der Sitze weiterregieren.

Kleinere Parteien, so z. B. auch Neugründungen, und Absplitterungen von der VMRO-DMPNE konnten im neuen Parlament keine Sitze erlangen. Damit konnte sich die

VMRO-DMPNE im national konservativen Lager Mazedoniens als einzige entscheidende politische Kraft durchsetzen. Die Opposition war in den Wahlkampf gezogen, weil sie die Regierungslegitimität der VMRO-DPMNE anzweifelte, aber die Wahlergebnisse sprechen eine andere Sprache. Interessant war auch, dass die Liberaldemokratische Partei (LDP), die bisher stets im Parlament vertreten war und immer einem Bündnis angehörte, diesmal alleine antrat und gar keine Sitze erlangen konnte.

Im albanischen Lager war die Wahlbeteiligung der Bevölkerung niedriger als bei den letzten Wahlen. Die Partei Neue Demokratie (ND), die bei den Präsidentschaftswahlen 2009 noch respektablae Ergebnisse verbuchen konnte, erlangte bei diesen Wahlen kein einziges Mandat. Dagegen schaffte es die neu gegründete albanische Partei von Ruti Osmani (Bürgermeister der Stadt Gostivar) NDP (National Democratic Rebirth), zwei Sitze zu gewinnen.

Organisation der Wahlen

Zum Ablauf der Wahlen konstatierten Beobachter, dass die Staatliche Wahlkommission in einer transparenten Weise funktionierte und die Zusammenarbeit der verschiedenen Wahlorgane (Staatliche Wahlkommission und Gemeindewahlkommissionen) reibungslos verlief. Sie vertraten allerdings die Ansicht, dass die Wahlkommission die Öffentlichkeit mehr über ihre Arbeit und Aktivitäten hätte informieren können. Am Wahltag kam es zu keinen Ausschreitungen oder Gewalttakten, wie noch bei den Parlamentswahlen 2008, sondern es verlief alles friedlich. Auffällig war eine starke Polizeipräsenz an den Wahllokalen in den Gebieten mit albanischen Bevölkerungsteilen.

Wahlkampf

Der politische Wahlkampf begann offiziell am 16. Mai 2011 und verlief vor allem in der Vorwahlperiode in einem polarisierenden, scharfen Ton zwischen den politischen Gegnern, aber im Großen und Ganzen dann doch in einer fairen demokratischen Atmosphäre. Alle politischen Parteien nutzten unterschiedliche Instrumente, um bei diesen

Wahlen möglichst nah an den Wählern zu sein. So gewann beispielsweise der direkte Haustürwahlkampf an Bedeutung. Daneben spielten große Kundgebungen, Wahlcafé und -büros der Parteien, Großwandplakate und TV- und Radiospots eine große Rolle. Über das mit Abstand größte Wahlkampfbudget verfügte ganz offensichtlich die Regierungskoalition angeführt von der Partei VMRO-DPMNE des Premierministers und Parteivorsitzenden Nikola Gruevski, die einen äußerst kreativen Wahlkampf mit einem sehr detaillierten Wahlprogramm führte, das über Tageszeitungen an die mazedonischen Haushalte verteilt wurde und besonders die Boykottaltung der Sozialdemokratischen Partei in der parlamentarischen Arbeit herausarbeitete und sich auf die Person des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Branko Crvenkovski konzentrierte und nicht auf die eigentliche sozialdemokratische Gegenkandidatin für das Amt des Premiers, Radmila Shekerinska.

Bei einem Großteil der Medien war im Wahlkampf zu beobachten, dass sie von der Konfrontation der Parteien dominiert wurden und dass dabei Partei- und Partikularinteressen im Vordergrund standen. Es waren subtile, aber auch direkte Formen des Favorisierens oder Kritisierens einer bestimmten politischen Richtung zu beobachten, wobei das Prinzip der Unvoreingenommenheit und Ausgewogenheit häufig missachtet wurde. Sowohl die OSZE als auch der *Think Tank Institute for Democracy Societas Civilis* in seinem Bericht „Meine Wahl 2011“ in Zusammenarbeit mit dem mazedonischen Medieninstitut und dem mazedonischen Zentrum für internationale Zusammenarbeit kritisierten in ihren Berichten zum Wahlkampf einen oftmals einseitigen Ton in der Berichterstattung seitens der Medien, bei dem nicht mehr zwischen Kommentaren, objektiver Berichterstattung und Stellungnahmen unterschieden werden konnte und von Ausgeglichenheit und Objektivität nicht viel zu spüren war (vgl.: <http://www.mojotizbor.mk>). Die Trennung der Ethnien war auch in den Medien allgegenwärtig, denn in den albanischen Medien wurde kaum oder gar nicht über die ethnisch-mazedonischen Parteien berichtet und umgekehrt in den Medien mit ethnisch-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAZEDONIEN

ANJA CZYMMECK

7. Juni 2011

www.kas.de

www.kas.de/mazedonien

mazedonischer Prägung nicht über die albanischen Parteien. In Bezug auf die Berichterstattung in albanischer Sprache wurde in diesem Wahlkampf allerdings bemerkt, dass in den Medien die albanischen politischen Akteure, anders als in der Vergangenheit, erstmals eine weit konstruktivere Herangehensweise bei den Rivalitäten untereinander und der Beziehung zu den Medien pflegten. Die Berichterstattung über unterschiedliche politische Standpunkte der albanischen Parteien wurde als ausgewogen bezeichnet. Beklagt wurde, dass bei einigen Wahlkampfaktivitäten die Trennung zwischen öffentlichen und Partefunktionen unklar blieb und nicht beachtet wurde. Damit diese Praxis verhindert wird, veröffentlichte der Regierungschef Gruevski eine Erklärung, in welcher der Missbrauch von öffentlichen Funktionen für Parteiarbeit scharf verurteilt und Sanktionen angekündigt wurden. Darüber hinaus unterzeichneten alle Parteivorsitzenden öffentlich eine Art Verhaltenskodex für die Wahlen, in dem sie sich zu fairen, freien und transparenten Wahlen bekannten.

Herausforderungen für Mazedonien

Die neue Regierung und das Parlament Mazedoniens stehen vor großen Herausforderungen. Dadurch, dass die VMRO-DPMNE ihre absolute Mehrheit verloren hat, verfügen nun die albanischen Parteien bei der Regierungsbildung über ein größeres Gewicht und die neue Regierung wird im neuen Parlament nicht alleine über eine Zweidrittelmehrheit verfügen, so dass sie z. B. bei Verfassungsänderungen auch auf Stimmen aus der Opposition angewiesen ist. Darüber hinaus ist in vielen Kommunen der Abstand zwischen VMRO-DMPNE und SDSM geschrumpft, so dass die Regierungspartei insbesondere bei den Kommunalwahlen im Jahr 2013 wieder um Stimmen kämpfen muss.

Insgesamt stellt die innenpolitische Entwicklung des Landes, die bisher von häufigen, nicht konstruktiven Auseinandersetzungen zwischen Regierungskoalition und Opposition, aber auch zwischen den mazedonischen und albanischen Parteien gekennzeichnet ist, das Land vor enorme Aufgaben. Diese

Konfrontation, die in der jüngsten Zeit durch die Ereignisse an der Kale-Festung, die zu Spannungen mit albanischer Bevölkerung führte, und das Einfrieren des Bankkontos des oppositionsnahen Senders A1 sowie dem Boykott der Opposition neue Nahrung bekam, beeinträchtigten und lähmten gerade in den vergangenen Monaten die politische Arbeit.

Die konsequente Umsetzung der Bestimmungen des Rahmenabkommens von Ohrid, bei dem es um die Erweiterung der Minderheitenrechte, verbunden mit einer Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, geht, beherrscht stets die innenpolitischen Auseinandersetzungen, verliert auch noch zehn Jahre nach Abschluss des Abkommens nicht an Bedeutung und sorgt für Diskussionsstoff beim Zusammenleben der verschiedenen Ethnien im Land.

Das größte strukturelle wirtschaftliche Problem Mazedoniens, das auch den Wahlkampf beherrschte und für die Zukunft der Regierung Gruevski entscheidend sein wird, bleibt die extrem hohe Arbeitslosigkeit von rund 30 %, von der vor allem Jugendliche und Frauen betroffen sind. Insgesamt ist zwar festzustellen, dass bei dem Abbau von Marktzutritts- und -austrittsschranken einige Verbesserungen erzielt wurden, aber Schwächen in der Rechtsstaatlichkeit sich nachteilig auf das Wirtschaftsklima des Landes auswirken und den Zufluss ausländischer Investitionen verhindert. Darüber hinaus spürt Mazedonien die Auswirkungen der globalen Weltwirtschaftskrise, auch wenn die Währungs- und Finanzpolitik des Landes stabilitätsorientiert war und die Außenbilanz sich verbesserte, da die Exportwirtschaft sich erholte und die Importe zurückgingen.

Die vorrangigen außenpolitischen Ziele Mazedoniens sind der NATO- und der EU-Beitritt. Seit seiner Anerkennung als Beitrittskandidat durch den Europäischen Rat im Jahr 2005 hat sich das Land sehr stark bemüht, die Kriterien für den Beginn von Beitrittsverhandlungen zu erfüllen. Bei der dafür notwendigen Angleichung von Rechtsvorschriften, Politik und Verwaltungskapazitäten an die der EU wurden wichtige Fortschritte erzielt, doch gibt es immer noch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAZEDONIEN

ANJA CZYMMECK

7. Juni 2011

www.kas.de

www.kas.de/mazedonien

Schwachstellen im Justizsystem und in der öffentlichen Verwaltung, die von der EU-Kommission im letzten Fortschrittsbericht von November 2010 beklagt wurden. Defizite sind demnach mit Blick auf die Unabhängigkeit der Justiz, bei der Korruptionsbekämpfung und Vetternwirtschaft, mangelnde Rechenschaftspflicht der Polizei, Grenzschutz und Geheimdienst, der Reform der öffentlichen Verwaltung festzustellen.

und erreicht, doch darf das Land im Hinblick auf positive Entscheidungen in den Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht nachlassen, seinen Reformwillen unter Beweis zu stellen und muss zeigen, dass es den politischen Kompromiss mit Griechenland wirklich will und einen nationalen Ailegang ablehnt. Aber ebenso sollte auch die Gemeinschaft der EU-Mitgliedstaaten an Griechenland appellieren, die bisherige starre Haltung gegenüber Mazedonien konstruktiv zu überdenken.

Für die Regierung Gruevski wird für den weiteren Erfolg entscheidend sein, ob die mazedonische Bevölkerung wirtschaftliche Erfolge zu spüren bekommen und das Land auch außenpolitisch endlich den erhofften Zielen näher kommt.

Partei / Koalition	Mandate/ 2008	Mandate/ 2011
Koalition VMRO-DPMNE	63	56
Koalition SDSM	27	42
DUI	18	15
DPA	11	8
NDP	0	2
PEI	1	0

Der Fortschrittsbericht der EU-Kommission bescheinigte Mazedonien jedoch ein Weiterkommen bei der Reform des Parlaments, der Polizei und des Justizwesens sowie bei den kulturellen Minderheitenrechten.

Die Gefahr besteht, dass die positive Reformstimmung im Land abnimmt und dabei spielt sicherlich auch die große Enttäuschung bei den politischen Eliten und der Bevölkerung über den verhinderten NATO-Beitritt und der Verhinderung der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eine Rolle. Größtes Handicap bleibt der unerbittliche Streit mit Griechenland über die Namensgebung des Landes, bei dem man nur hoffen kann, dass es bald eine Lösung gibt, damit der Wille und die Bereitschaft zur europäischen Integration nicht abnehmen. Die griechische Blockadepolitik und die festgefahrenen Verhandlungen beginnen sich auf den Beitrittsenthusiasmus der mazedonischen Bevölkerung und der Regierung auszuwirken und lassen stark national gefärbte Töne innerhalb aller politischen Strömungen stärker werden. Mazedonien hat schon viel getan

Karte zu den Wahlkreisen in Mazedonien und im Ausland

